

Saale-Beitung.

werden die 6 getauften ...

Erachtet höchst premtal

Schiffbau und Baum-Geschäfte

Bezugspreis ...

Verantwortlicher Redakteur

Sechsmundwöchentliches Jahrgang

Nr. 169.

Halle, Dienstag, den 13. April

1915.

Die Aufgabe der russischen Expedition gegen Konstantinopel.

Die „Goeben“ wieder im Schwarzen Meer.

c. B. Das Untertauchen der „Goeben“ an der Nordküste des Schwarzen Meeres ruft in russischen Marinekreisen Besorgnis hervor...

c. B. Konstantinopel, 12. April. Vor den Dardanellen dauert die Ruhe an. Vor Mudros sind nur die Schiffe „Kanada“, „Eben“ und „Douai“ zurückgelassen.

WTB. Konstantinopel, 12. April. Die „Agence Millier“ meldet: Die Verbündeten rufen sich für ihre Väterrolle vor den Dardanellen, indem sie bewohnte, aber unverteidigte Ortschaften beschützen.

Erfolgreiche Gefechte in den Karpathen.

WTB. Wien, 12. April. Der Kriegsberichterstatter der „Sonn- und Montagszeitung“ meldet: Gestern wiesen die Kämpfe in den Karpathen einen ruhigeren Charakter auf.

Neue russische strategische Bahnen.

Die russische Heeresleitung macht nach Meldungen aus Petersburg, gewaltige Anstrengungen, dem empfindlichen Mangel an strategischen Verbindungen abzuhelfen.

Mit einem deutschen Unterseeboot gegen den Feind.

Ein Korrespondent der „New York World“ hat den Führer des deutschen Unterseebootes „U. 1“, Kapitän ... interviewt.

c. B. Geschwind mit seinem Eiferen Kreuz sah mit Kapitän ... der Führer des „U. 1“ ...

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

Siegtige Geschüßkämpfe — 830 Gefangene.

WTB. Wien, 12. April. Untlich wird verlautbart: 12. April 1915. Die allgemeine Lage ist unverändert. In Russisch-Polen und Westgalizien hellenweise Geschüßkampf.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Bergeltung wegen der völkerrechtswidrigen Behandlung der U-Boot-Mannschaften.

WTB. Berlin, 12. April. Die von der englischen Regierung angeordnete Maßregelung der in treuester Pflichterfüllung in ihre Gewalt geratene Besatzung von Unterseebooten durch Verlegung ehrenhafter Kriegsgefangenschaft und Unterbringung in Anstalt Detention barracks hat die deutsche Regierung zur Gegenmaßregel veranlaßt.

von großer Geistesgegenwart und ausgesprochener Beobachtungsfähigkeit. Kurz gesagt, diese Männer machen einen unvergleichlichen Eindruck, als wären sie selbst ein Teil der Mechanik eines Unterseebootes und sie sind ja auch in Wirklichkeit die Augen und das Gehirn dieses modernen Schiffstyps.

Das Wetter war so unklar, daß ich nicht imstande war, weit zu sehen. Ich war gewonnen, stundenweit unter Wasser zu bleiben. Endlich tauchte ich in der Nähe eines kleinen englischen Schiffes hoch und gab der Besatzung denselben den Befehl, sofort in die Boote zu gehen; darauf zu expedieren ich daselbe.

Am allgemeinen geht es hat an die Norden und an die Gesundheit, den Unterseebootsdienst in Kriegzeiten zu verrichten, und nur wenige sind imstande, diese Tätigkeit auszuhalten.

wir unter Wasser sind, herrscht Totenstille an Bord, die elektrischen Maschinen sind lautes, denn das Wasser ist ein so guter Leiter jedes Geräusches, daß wir oft die Schrauben eines Schiffes hören, aber ganz in unserer Nähe hören können.

Ich frug den Kapitän, was er für die größte Gefahr für ein Unterseeboot hielt, und dieser antwortete mir: „Das Wasser ist unter schwimmter Feind; denn es ist immer Gefahr vorhanden, daß es in das Boot eindringen kann.“

Kriegsdemonstrationen in Italien.

c. B. Rom, 12. April. Die geistige Demonstration der Neutralisten und Interventionisten ist bekanntlich, wenn auch mit großem Truppenaufgebot und umfangreichen Absperren verhältnismäßig recht leicht unterdrückt worden.

Eine gefallene Größe.

c. B. Rom, 10. April. In einem Artikel des Pariser „Temps“, den der bekannte Dichter Repington in der Absicht schreibt, die Neutralen, besonders Italien, zu sofortiger Intervention zu veranlassen, erinnert er ironisch an die Iphraie, die Cambon zu Beginn des Krieges ausgesprochen haben soll.

Die größten neutralen Mächte Europas behalten sich vor, den Siegern tapfer zu Hilfe zu eilen. Diese Erinnerung erregt hier den größten Unwillen und veranlaßt verschiedene, nicht gerade dreierbundesfeindliche Blätter zu heftiger Zurückweisung.

ein für allemal durch die Aberte und durch alle Welt  
offenbare Tatsachen widerlegt Kritik entwerfen seien, die  
er nach den letzten deutschen Wandern, denen er bewohnte,  
an dem deutschen Heere geübt habe.

### Wir können's abwarten.

Die „Kön. Ztg.“ veröffentlicht unter der Ueberschrift:  
„Militär Wandern im Kriegeslauf“ einen längeren  
Artikel aus Berlin, zu dessen Schluss das offizielle Blatt sagt:  
Das englische Geschick, die französische Revolte und der  
russische Stof nach Weiten seien gleich erfolglos. Die Wä-  
rungsorganisation der Zentralmächte und der Türkei ist  
weder militärisch, noch wirtschaftlich, noch politisch zu brechen  
und so auf Durchhalten eingerichtet, daß die Länge der Kriegs-  
dauer allein für sie gegenüber den Feinden einen Vorteil  
bedeutet, ganz abgesehen von den positiven militärischen Er-  
folgen. Es wird nichts erreicht als die Offenbarung der  
inneren Schwächen des Dreierbundes, die alle Zeitungsflügel  
so wenig mehr verhehlen können, wie die Tatsache, daß er  
nimmermehr aus einer politischen Zwangslage gerettet. Wir  
können ruhig abwarten.

Das ist durchaus zutreffend und darum ist jetzt auch  
das Gerücht über den Frieden möglich. Es darf kein Friede  
abgeschlossen werden, der uns nicht volle Sicherheit gewäh-  
ren würde. In keiner unserer Gegner mag das Schicksal aller-  
dings vorhanden sein, noch möglichst ungeschmackt aus dem  
Kriege herauszukommen, und es wird bereits die Frage, ob  
Einzel- oder Gesamtfriede,

c. B. Genf, 12. April. In der französischen Parlaments-  
sitzung für auswärtige Angelegenheiten wurde die Frage  
aufgeworfen, ob das eine Gemein- und Leitendes Zieles  
der sich in uns voranschleichen. Dreierbundes Ueberwin-  
nen umständlich fortbesteht. Die Veranlassung zu der  
Debatte war die Mitteilung auswärtiger Mächte, daß jede  
Dreierbundesmacht treu neue Bestimmungen beschließen  
sollen, für eigene Rechnung Friedensverhandlungen anzu-  
bahnen, mit der einzigen Verpflichtung, vor deren Abschluß  
die Zustimmung der beiden anderen Mächte einzuziehen. De-  
klaration wird zum geeigneten Zeitpunkt antworten.

### Androhung eines Weltstreiks.

Die „Times“ berichten aus Washington: Auf einer Ver-  
sammlung in Newport beschloß die Arbeiterpartei, Abgeord-  
nete zu einer amerikanischen-europäischen Bes-  
prechung der Arbeiterführer zu wählen. Man will über  
den Frieden beraten und den europäischen Mächten ein Ar-  
beiter-Minimum zugehen lassen, das mit einem Weltstreik  
droht, wenn der Krieg nicht schnellstens zu Ende geführt wird.  
Compens, der Präsident der amerikanischen Arbeitervereini-  
gung, und der radikale Senator La Follette sollen befragt wer-  
den, wie weitere Schritte getroffen. Doch hier wieder einmal  
die Deutsch-Amerikaner bei einer neuen Verhöhnung sind, ist  
nach der neuesten Methode der „Times“ selbstverständlich. Im  
übrigen wird auch diese Drohung der amerikanischen Arbeiter-  
partei ohne Ergebnis bleiben, es sei denn, daß die Arbeiter  
der amerikanischen Waffen- und Munitionsfabriken in den  
Generalstreik treten.

### Die Kriegslage.

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns ge-  
schrieben:  
c. B. Will man den Charakter der Kämpfe, die sich in  
den Karpaten und in Südgalizien entwickelt haben, kurz  
bezeichnen, so wird man ihn mit dem Ausdruck „ermattungs-  
strategie“ am besten treffen. Die Russen verfügen über eine  
ausserordentlich zahlensmäßige Überlegenheit, der gegenüber  
die ursprüngliche Offensive der Verbündeten ins Stocken ge-  
kommen war. Diese haben in den Karpaten stark besetzte  
Stellungen bezogen und lassen an ihnen die feindlichen An-  
griffe zerfallen. Seit Wochen bereits werden die Russen  
ihre Waffen gegen die von den Oesterreichern, Ungarn und  
Deutschen besetzten Gebietsstellungen heran und verziehen  
durch das Einsetzen von Massen einen Erfolg zu erzielen.  
Über abgesehen von kleinen Erfolgen und von der Einnahme

### Die weiße Frau.

Ein Roman vom Lauenstein von Anny Mohr.  
(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
„Ich bin gekommen, meine Tochter in mein Haus heim-  
zuführen. Bis zu ihrem 17. Jahre, so war es ausgemacht, als  
wir uns trennten, sollte sie dir gehören, dann sollte sie wieder  
mein sein, mein!“  
Eine wilde Leidenschaft loderte in den launigen Augen der  
Frau auf, dann sank sie plötzlich wie gebrochen in dem Sessel  
zusammen.  
Der Mann vor ihr rührte den blauen Kopf in die Hand,  
so daß man seine Züge nicht sehen konnte.  
„Du vergist dabei, Madolba, daß du mir für Li einen  
Erlaß zu bringen hattest, meinen Sohn.“  
Die Frau sah harter vor sich hin. Ein Zittern lief durch  
ihre Gestalt, als sie mit kaum hörbarer Stimme entgegnete:  
„Du scheinst wenig Gekränktheit nach Wolf verspürt zu  
haben, Leo, denn sonst wärest du doch wohl nicht, wo du mich  
mit dem Anaben erwartest durstest, mit Li heimlich auf und  
dann gegangen.“  
Düster sahen die dunklen Männeraugen in das eigene,  
jetzt ganz blaue Gesicht der Frau, die ihre Augen in ver-  
zweifelter Angst auf den Mann gerichtet hielt.  
„Wenn ich ehrlich sein soll, Madolba, nein! Ich hatte  
wenig Herz für den Jungen, der, von dir verführt und ver-  
wöhnt, nun die strenge Hand des Vaters fühlen sollte. Wir  
hatten bei unserer Trennung allerdings vereinbart, daß zu  
Li 17. Geburtstag ein Austausch der Kinder stattfinden  
sollte, weil der Junge dann mehr dem Vater, das Mädchen  
mehr der Mutter bedarf, aber ich will mich nicht von Li  
trennen. Wehler du deinen Jungen, der mir fremd ge-  
worden, den ich nie wieder gesehen seit dem Tage, wo du  
mich mit ihm, der damals noch so klein war, verließest. Ich  
meine, wir wären jetzt fertig.“  
„Aber nicht, ich bin fertig.“ „Aber nicht.“  
„Aber wenn ich verliere, daß ich den Jungen gar nicht  
will, an dem dein Herz mit jeder Faser hängt? Li ist mir  
unentbehrlich geworden — ich brauche sie — hörst du, ich  
brauche sie!“

weit vorgehender Vorbereitungen haben sie nur ungenü-  
gende Resultate zu verzeichnen. Da diese Verluste fast Wochen he-  
nahe täglich stattfinden, müssen sie schon eine außerordent-  
liche Höhe erreicht haben. In auswärtsigen Blättern werden  
sie insgesamt mit mehreren Hunderttausend angegeben. Die  
Verbündeten bezeichnen sich im allgemeinen darauf, ihre  
Stellung zu halten, und hoffen, daß durch die späteren  
Niederlagen die Feinde allmählich ermatten und daß deren  
Verbindungen sich lösen werden. Wo der Vorrat an ausge-  
übten Mannschaften kein Ende erreicht hat. Mancherlei  
Anzeichen sprechen dafür, daß dieser Augenblick nicht mehr  
weit entfernt ist; dazu gehört u. a. auch der Umstand, daß  
die Verbündeten in den letzten Tagen mehrfach selbst zum  
Gegengang übergegangen sind und dabei dem Gegner wichtige  
Stellungen entzogen haben. So bestanden z. B. deutsche  
Truppen nördlich Tula eine Stößenstellung, die seit An-  
fang Februar von den Russen erobert und von ihnen mit  
großer Herrlichkeit verteidigt worden war. Denn jetzt  
fortwährend die Zahl der Gefangenen, die den Russen ab-  
genommen wird.

Auf dem nördlichen Heeresflügel haben wiederum  
russische Angriffe stattgefunden; sie erfolgten sowohl in der  
Gegend der Bahnhöfe Mirskallen-Komno in der Gegend von  
Kalarua und Mariampol, als auch nördlich der besetzten  
Karewlinie und unmittelbar an der Weichsel in der Gegend  
von Mos. Sie konnten überall abgewiesen werden. Der  
Zweck dieses Vorgehens der Russen gegen die deutschen  
Stellungen läßt sich nicht ohne weiteres erkennen. Wahr-  
scheinlich beabsichtigen die Russen lediglich, die ihnen gegen-  
überstehenden deutschen Truppen zu isolieren und sie an einer  
Verwendung an anderer Stelle zu hindern.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben auch am  
letzten Tage die Franzosen ihre Angriffe in der Gegend von  
Verdun, sowie zwischen Maas und Mosel fortgesetzt. Sie  
wurden aber mit verhältnismäßig geringerer Heftigkeit aus-  
geführt, so daß an vielen Stellen eine Art Kampfespause  
eintrat. Es wäre aber verfehlt, daraus überhaupt auf ein  
Nachlassen und auf gänzliche Aufgabe der großen franzö-  
sischen Offensive schließen zu wollen. Wie die früheren Er-  
gebnisse in der Champagne gezeigt haben, treten derartige  
Kampfespausen öfters ein, sie dienen aber lediglich zu neuer  
Kräfteansammlung und sind in der Regel das Vorzeichen er-  
neuter heftigen Vorgehens. So muß auch jetzt damit ge-  
rechnet werden, daß die Angriffe in den nächsten Tagen  
angegriffen werden. Soweit die Franzosen überhaupt an-  
gegriffen hatten, sind sie überall abgewiesen worden. Ein  
Erfolg war ihnen an keiner Stelle beschieden.

### „In 14 Tagen eine wichtige Entscheidung im Argonen- abschnitt.“

Der Haare „Gclair“ berichtet aus Paris-Duc: Die An-  
sicht hochstehender Offiziere ist, daß in spätestens 14 Tagen  
eine wichtige Entscheidung im Argonenabschnitt fallen wird.  
Die kommandierenden Generale verfügen über beträchtliche  
Streitmächte und über eine den Deutschen überlegene Ar-  
tillerie. Die Truppen sind voll Kampfeslust, sie lehnen sich  
nach einer Heldthat. Da es Tatsache ist, daß sich im  
Wesere die Mädelsersee des deutschen Invasionsheeres be-  
findet, so berechtigt der begonnene Vorstoß auf Combrés und  
Willy zu den größten Hoffnungen. In der Champagne, bei  
Villers und an der Vier werden die feindlichen Heere derart  
beschäftigt, daß Truppenüberhebungen unmöglich sind. Wir  
sind jetzt in der Ueberzahl und wollen diesmal dem deutschen  
Prinzip folgen und an den entscheidenden Stellen so hart  
wie möglich auftreten.

Diese Antänkung stimmt inhaltlich überein mit  
Joffres Rede an die belgischen Truppen, in der der Gene-  
ralismus für die nächsten drei Wochen die Befreiung Belgi-  
ens und den „Stof ins Herz Deutschlands“ in Aussicht  
stellte. Wie schon in der Wäse abmonten, ab der Erfolg  
der damals geplanten allgemeinen Offensive der Ver-  
bündeten den laut verkündeten Hoffnungen auch nur in  
etwas entspricht. Sie wird, wir sind dessen unterfütterlich  
überzeugt, wiederum scheitern an der zähen Tapferkeit  
unserer Truppen, an der Vorarsicht ihrer Führung und an  
dem unerhellen Munitionsmangel unserer Gegner, der  
immer drohender Gefahr annimmt. Außerdem sollten  
unserer Gegner ihre „großen“ Unternehmungen doch lieber  
nicht vorher antändigen!

„Das glaube ich gern. So wie du mich einst brauchtest,  
in freier Knechtschaft, geknebelt, gebunden, durch deine  
Raunen, durch deine Selbstherrlichkeit, deine Schucht, an der  
damals unser Glück gerbrach. Ich bin übrigens nicht ge-  
kommen, dir unseren Sohn zu bringen, wie du erwartest  
durstest. Leo, ich kann es nicht.“  
„Du kannst es nicht? Und du meinst, ich würde dir so  
ohne weiteres Li ausliefern, so ganz ohne jede Gegenseitigkeit?“  
Die Frau sah wie vernichtet in ihrem Sessel. Ein paar-  
mal bewegte sie die Lippen, um zu sprechen, aber sie brachte  
keinen Laut hervor.  
„Warum hast du den Jungen nicht mitgebracht? Ant-  
worte.“  
Wie herrlich die Stimme klang.  
„Ein anderer wollte es nicht.“  
„Wie fuhr der Professor auf.“  
„Ich will nicht hoffen, daß dein sauberer Herr Gemah,  
der dich damals vom Flabe der Pflicht koste, es wagen wird,  
mit den Jungen vorzutreten.“  
Frau von Wallenstein schüttelte resigniert den Kopf.  
„Der Mann, Leo, um dir die ich dich nicht verließ, der mir  
alles gab, was ich in deiner Seite entziehen mußte: Liebe,  
Verständnis, Zärtlichkeit, der in mich das höchste Glück  
des Lebens lag, während ich dir nur eine Last war, der ich  
seit fünf Jahren tot.“  
Professor Dornberg sah seine einmalige Gattin ver-  
hört an.  
„Tot“, sagte er dumpf, und dann fügte er etwas milder  
hinzu: „So hast auch du gelitten, Madolba.“  
Es war, als wollte die Frau aus innerer Seele heftig  
aufstöhnen, aber sie bezwang sich, und mit einem leisen Jam-  
mern, wie im Schmerz erstarrten Gesicht, als würde sie etwas  
in der Ferne, sprach sie:  
„Nein, Wallenstein hätte dir den Jungen nicht vorents-  
halten, Leo, ein anderer tat es.“  
„Zum Donnerwetter, wer denn? Woju die Umkehr?“  
„Wie erobst dich die Frau. Aber wie sie sich so vor ihm  
aufzurichtete, da war es Leo Dornberg plötzlich, als würde  
ihre Gestalt immer größer und größer. Wie das dunkle Schicksal  
selbst Hand lag vor ihm.  
„Den Knaben, den du soeben verlegt hast, Leo, von  
dem du sagst, daß du ihn gar nicht wolltest, den nahm ein  
anderer vor dir mit.“

Deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich entwichen.  
WTB. Zürich, 12. April. Nach der „Zürcher Zeitung“  
findet hier in der Zentrale von Sistrun (Dep. Vostes Alpes)  
internierte deutsche Kriegsgefangene mit Hilfe einer Ge-  
leitet entkommen. Unter ihnen befindet sich ein Ingenieur  
und ein Schullehrer. Sie haben vermutlich die Richtung  
nach Italien eingeschlagen.

### Neme Belgier.

Berlin, 12. April. Dem „N.M.“ wird aus Amsterdam  
berichtet: Der Gesundheitszustand in vielen Dörfern des un-  
besetzten Belgiens ist traurig, da sie überflutet sind. Viele  
Personen sind durch Bomben getötet worden. Der Typus  
fordert zahlreiche Opfer.

### Neutralität und Hungerkrieg.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: „Die Neutralität der  
Schweiz“ u. a.:  
In dem Korrespondenzblatt für die Schweizer und  
Schweizervereine im Auslande hat der Sekretär des Schwei-  
zer Unterwärtigenverbandes im Auslande, Karl Trudel, zwei  
Aufsätze erscheinen lassen, die der allgemeinen Beachtung be-  
sonders auch deshalb wert sind, weil sie in der Schweiz selbst  
und unter den Auslandschweizern die weitest Zustimmung  
gefunden haben. Trudel verwarft sich gegen die in der  
Schweiz von einzelnen Privatpersonen vielfach betriebene  
„Politik der Unverantwortlichkeit“. Zu diesen Unverant-  
wortlichen rechnet Trudel Leute wie Hodler, Daloz und  
Spitteler. Diese Kundgebungen dauern Trudel tief in  
ihrem eigenen Interesse, um ihres guten Namens und um  
der Schweiz selbst willen. Trudel ist für die Ansicht, daß  
solche unverantwortlichen Artikel den Schweizern als Staat  
nur schaden können.

Trudel kommt in seinem ersten Aufsatz zu dem Schluß,  
daß es der vernünftigen Ansicht der Verantwortlichen den-  
kenden Schweizer entzöge, diejenige Politik zu verfolgen,  
die für die politischen und wirtschaftlichen Interessen der  
Schweiz und nur für diese eintrete. Im zweiten Aufsatz  
zeigt Trudel, welches die praktisch beste neutrale Politik  
der Schweiz unter den gegenwärtigen Umständen sein  
könnte und mißt und sagt: „So lange die Waffen allein  
Kriege entfesseln, wie das bisher der Fall war, konnten  
die Neutralen ihren Willen zur Neutralität durchsetzen, seit-  
dem nun aber die künftliche, beziehungsweise gewalttätige  
Aushungerung ganzer Völker als neue „Waffe“ und als  
neue „Kulturzerstörung“ hinzugekommen ist, ist damit  
auch eine ganz neue Situation geschaffen worden. Dieser  
widerstandliche Krieg gerichtet nun auf die Neutralitäts-  
gründen, und damit werden schließlich die Neutralen bis zu  
einem gewissen Grade von den Kriegsfreunden selbst mit in  
den Kriegstrudel hineingezogen. Die Verantwortung für den  
neuen Zustand der Dinge trifft diejenigen, welche diese  
ungeheuerliche Verstärkung des Kriegszustandes herbei-  
führten. Wie lange, fragt Trudel, wird die Schuld der  
Neutralen gegenüber den Ausländern gewisser Staats-  
männer der kriegsführenden Parteien noch dauern, die den  
gegenwärtigen Hungerkrieg auf zwanzig und längere Jahre  
auf Kosten der Welt hinziehen zu wollen erklärt haben? Die  
Neutralen hätten es in der Hand, diese Gefährliche inner-  
halb von drei Monaten ein Ende zu machen. Es dürfte im  
Interesse der neutralen Staaten, besonders der europäischen,  
nicht überflüssig sein, beizutreten daran zu denken, Stellung  
zu dieser fatalen Kriegslage zu nehmen zu der eventuellen  
Abwehr des ihnen drohenden Schicksals. Ein vereinter fester  
Wille und dem entsprechenden starke Druck in nicht miß-  
zuversehender Entschlossenheit dürfte dann den ermüdeten  
Eindruck nicht verfehlen.“

### Die Sprache des Feindes.

Fransösischer Schiller haben vor dem Unterriech in der  
deutschen Sprache getreift. Es hat ihnen zwar vorerst nichts  
genützt, doch immerhin: die Diskussion über die „plumpe  
Sprach“ hat Flügel genommen.  
Wie soll man sich zur Sprache des Feindes verhalten?  
Auch bei uns wird ja, nicht nur auf den Schulen, diese Frage  
erörtert. Daß es den jungen Franzosen reizlos erscheint,

Verstört sah der bleiche Mann zu der ersten Frau auf.  
„Was ist das? Was willst du damit sagen?“  
„Der Tod ist mir von Herzen.“  
„Du lägst! Du lägst, um dir den Anaben zu retten.  
Gehe, daß du gelogen hast, und ich will dir alles verzeihen.  
Sage, daß Wolf lebt, daß ich ihn wiedersehen werde.“  
Die Frau streifte sich unwillig die harten, kalten Männer-  
hände ab, die unwillkürlich ihre beiden Hände umflammt  
hielten.  
„Ich wünschte, es wäre, wie du denkst, Leo. Nein, so  
gnädig ist das Schicksal nicht mit uns verfahren; Schicksal,  
das wir selber spielen wollten. Graulich entrieh es uns das  
Kind, das ich mich träubte, in deine liebevollen Hände zu  
geben.  
Wie habe ich gebangt, gerungen um dieses Kind! Wie  
habe ich vor der Stunde gezittert, da ich dir den Jungen  
bringen mußte. Und wenn ich mir auch tausendmal sagte,  
ich würde dafür Li eintauschen, nach der ich mich oft halb tot  
gesehnt, so zitterte ich doch vor dem Gedanken, daß du Wolfs  
zarte Kinderleese in deine rauhe Hand nehmen könntest, um  
sie zu zerbrechen, wie du mich zerbrochen hast. Ich leugne es  
nicht, ich habe auf Mittel und Wege gekonnt, um es ver-  
hindern zu können, daß Wolf zu dir kam. Ich zitterte um  
jeden Tag, um jede Stunde.  
Da kam ein Größerer als wir, ein Mächtigerer, ein Ge-  
waltigerer und löste mit einem Schlage das junge Leben  
aus. Und ich nehme es als Strafe, daß ich dir, Leo, den  
Jungen nicht gönnte. Im Herbst ist er still heimgegangen,  
Leo, und ich komme nun mit leeren Händen zu dir. Du  
sagtest vorhin: Du willst den Jungen nicht. Der Tod war  
mildebiger als du. Er erpante ihm, daß ihm der eigene  
Vater verlegene. Zum erstenmal seit dem entsetzlichen  
Tage, da ich ihn hergeben mußte, atme ich auf. Du gibst  
nichts auf, du nicht!“  
Da schlugte der Mann, der ihr wie geistesabwesend zu-  
gehört, wild auf. Mit wahnsinnigem Ansetzen riß er die  
Fäden seines Schreitbittes an. In wider Hoß wühlte er  
darin herum, und dann sagte er, grell aufleuchtend, einzelne,  
winzig kleine Blätter zerflatternd, die er überall auf die  
Platte verstreute: (Fortsetzung folgt.)



jetzt Deutsch zu lernen, kann man begreifen. Die Mundart der Bocche ist ohnehin nicht leicht, die französische Sprache begabung gering, und die Zeitung, die mit dem Fortschritt der umwohnenden Völker zu wachen, beim Volke Franzosen durch Geschichte und Gewohnheit auf ein Mindestmaß herabgesetzt.

Wollen wir gerecht sein, so müssen wir zugeben, daß unser eigenes, oft geringes Talent für fremde Sprachen doch nur einseitig wirksam wurde. Auch Deutschland ist, wie Frankreich, einfach dem unbenutzten Zaum seiner Geisteskräfte gefolgt. Wir lernten Französisch, weil es hergebrach war, und weil, nach dem Trägheitsgesetz der Entwicklung, auch ein sprachlicher Vortrang seine tatsächlichen Voraussetzungen um manches Jahrzehnt überlebt. Englisch lernten wir nur zögernd, und dann nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Wer aber lernte Russisch? Zur Sprache des östlichen Nachbarn standen wir genau so wie die Franzosen zu unsrer: wir überließen den Russen die Kenntnis des Deutschen und fanden die Aneignung des Russischen viel zu mühselig. ...

Das wird sich wahrscheinlich ändern. Soweit es sich um Kenntnis des Nachbarn handelt, wird der Krieg nicht trennend wirken. Was für jeder anderen Form der Völkergemeinschaft, jedem Gefühl des Wohlwollens blüht, im Wege stehen: im Kriege zwingt es zur Beschäftigung mit dem Gegner. Vor dem Krieg, es ist noch gar nicht lange her, wurden Vereine zur besseren Kenntnis Russlands gegründet, in den Schulen Unterricht wurde das Russische wenigstens als freiwilliges Fach eingeführt: nach Friedensschluss werden diese Bestrebungen irgendwie fortgesetzt werden. Mit erhöhter Kraft: denn wir dürfen den Russen nicht den Vorsprung gönnen, den uns die bessere Sprachkenntnis vor den Franzosen verschafft. Trotz alles Geredes vom Handelskrieg wird Russland in engem, wirtschaftlichem Zusammenhang mit Deutschland bleiben, und um die daraus sich ergebenden Möglichkeiten zu nutzen, muß man Russisch verstehen. Noch aber sind in diesem Kriege die russischen Zeitungen den gebildeten Deutschen verweigert, während der Anse ohne Schwierigkeit die ihm zugänglichen deutschenblätter liest.

Kraglich könnte allenfalls sein, ob wir der französischen Sprache noch die alte Geltung im Unterricht und Gebrauchs-gewohnheit zuwenden sollten. Das mag hier mögen wir bedenken, daß geschichtliche Uebergänge sich nicht erzwungen lassen. Der Nachwuchs einer Sprache folgt der politischen Gestaltung, wenn auch in einigem Zeitabstand. Die Fremden werden Deutsch lernen, wenn Deutschland lange genug dort steht, wo Frankreich gestanden hat; während das Ansehen der französischen Sprache mit der Weltgeltung des Volkes sinken wird, das sie spricht.

### Vermischte Kriegsnachrichten.

#### Reir Hardie über den Krieg gegen den deutschen Handel.

WTB. Rotterdam, 12. April. Laut dem „Nieuwen Rotterdamse Courant“ schreibt der englische Arbeiterführer Reir Hardie im „Labor Leader“: Deutschlands einschneidende Missetat ist in den Augen des englischen Kapitalismus sein großer Erfolg im Welthandel. Eine erschwerende und unwürdige Last auf diesem Kriege ist es, daß die Tagespresse einen Krieg auf Leben und Tod gegen den deutschen Handel fördert. Das Ergebnis dieser Bestrebungen war mehr oder weniger entmutigend, wie es das Verzeil einer Anilinfabrik zeigt. Trotzdem glaubt man, nach Vernichtung der deutschen Geschäftstätigkeit und des deutschen Anpassungsvermögens, ohne selbst diese wertvollen Eigenschaften zu besitzen, die reichen deutschen Märkte erobern zu können.

#### Eine österreichische Fliegertat.

Berlin, 12. April. In Podgorica wurden einer Meldung des „E.“ aus Rom zufolge durch österreichische Fliegerbomben 125 Personen getötet und verwundet. Viele der Verwundeten starben im Hospital.

#### Deutsche Fliegerbomben gegen englische Handelsdampfer.

a. B. Amsterdam, 12. April. Der englische Dampfer „Gerrula“, der um Mitternacht, von Manchester kommend, in die Maasmündung einlief, berichtete, daß gestern nachmittags 4 Uhr in der Nähe von Noordhinder deutsche Flugzeuge auf ihn 20 Bomben abwarfen, die aber sämtlich fehlgingen.

#### Die „Mainz“.

T. U. Amsterdam, 12. April. Der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Mainz“, der seit Kriegesbeginn im Wälinger Fahrwasser liegt, erhielt von der Hafenbehörde den Befehl, Wälinger zu verlassen, andernfalls würde er interniert werden. Wahrscheinlich auf telegraphische Anordnung aus Bremen wird der Dampfer nach Antwerpen gehen.

#### Verlängerung des türkischen Moratoriums.

WTB. Konstantinopel, 12. April. Das Amtsbild veröffentlicht ein Gesetz betreffend Verlängerung des Moratoriums bis zum 13. Juli. Die Schuldner sind verpflichtet, 5 Proz. der Fälligkeiten am 14. April zu begleichen. Am 25. Mai soll eine weitere Abzahlung erfolgen.

## Musland.

#### Benizelos' Abreise.

a. B. Kopenhagen, 11. April. Der frühere griechische Ministerpräsident Benizelos wurde gestern vormittag in Athen in längerer Abreise vom Prinzen Georg empfangen. Benizelos machte dem Prinzen einen Krankenbesuch. Die politischen Ereignisse der letzten Tage scheinen keinen Einfluß auf seine bleibe Gesundheitslage zu haben. In der Versammlung der liberalen Mitglieder der Deputiertenkammer erklärte Benizelos, sein Entschluß, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, sei unerschütterlich. Er werde wahrscheinlich Athen verlassen und in Frankreich seinen festen Wohnsitz nehmen.

#### Die indische Weizenausfuhr unter englischer Kontrolle.

T. U. London, 10. April. Die englische Regierung beschloß, die Weizenausfuhr von Britisch-Indien unter ihre ausschließliche Kontrolle zu nehmen.

#### Amerikanische Flottenmanöver im Atlantischen Ozean.

Laut Meldungen aus den Vereinigten Staaten hat das Marine-departement jetzt einen vollständigen Plan für ein

großes Manöver der gesamten Flotte der Vereinigten Staaten ausgearbeitet. Dieses Manöver soll bei Newport am 18. Mai stattfinden. In diesem Manöver werden teilnehmend: Dreadnoughts, Super-Dreadnoughts, Kreuzer, Panzerkreuzer, Kreuzer, Unterseeboote und Zerstörer. Daneben ist geplant, daß eine große Flotte von Fischerjagdhörnen aus Minnenäcker und Minnaufnehmer dabei mitwirken sollen. Es verlautet, das „seindliche“ Geschwader werde die Stadt New York sein. Die Basis für die Operationen ist Newport. Die Manöver sollen bis 30. Mai dauern, und am 1. Juni sollen die beschiedenen Fahrzeuge gedockt werden, um die notwendig gewordenen Reparaturen und Unterhaltungen vorzunehmen, worauf die Schiffe eine längere Fahrt nach Santiago, San Francisco und Seattle die Panamakanal antreten. Am 21. Juni wird die Flotte in Hampton Roads zusammenzutreffen und vier Tage später soll sie durch den Kanal gehen.

Carsons Freiwilligenkorps im Kriege. Der Korrespondent der „Times“ in Irland meldet, daß von den rund 442 000 Iren zwischen 18 und 50 Jahren im Lande seit Kriegsausbruch bis Ende März 51 000 bei der Armee Dienst genommen haben. Uffiziere haben allein 41 000 Rekruten geliefert. Davon seien 7000 Katholiken und 24 000 Unionisten gewesen, die vor dem Kriege größtenteils zu Carsons Freiwilligenkorps in Ulster gehört hätten.

## Halle und Umgebung.

Halle, 13. April.

### Stadtverordneten-Sitzung.

#### Endgültige Festsetzung der Steuern.

Am Vorabend der Herren Sitzung Dr. Lembert, Justizrat Dr. Föhning, Eisenbahndirektor Rechnungs-Borchert und Kandidatbesteller Fischer. Eingegangen ist eine Mitteilung des Magistrats, wonach er die Vorlage über Mieten von Büroräumen im Hause Gr. Märkerstraße 5 zurückzieht.

Weiter liegt eine Eingabe der Hilfsboten der Rathausinspektion vor, die um Erhöhung der Tagelöhner bitten und diesen Wunsch mit dem Hinweis auf die Teuerung begründen. Weiter geht ein Antrag der Herren Emmert und Genossen ein, der da lautet, den Magistrat zu ersuchen, infolge der stetig steigenden Teuerung aller Lebensmittel den städtischen Arbeiter und Angestellten, soweit sie ein Jahresgehalt unter 2000 M. beziehen, eine

#### Teuerungszulage

von mindestens 30 Wg. pro Tag zu gewähren und die Mittel aus dem Kriegsfonds zu entnehmen. — Der Antrag soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden.

Der Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr St. Giese, der Punkt 3: Magistratsbeschlüsse betreffend Abhebung von Mitteln für der Verschönerungs- und den Tierzuchtvereine vor der Beschließung des Etats zu behandeln. Die Eratsberatungen würden sonst zwecks sein, wenn nicht erst über diesen Punkt eine Entscheidung gefallen wäre.

Der Herr Vorsteher ist nicht der Ansicht. Er glaubt, daß man, ohne daß der Etat berührt wird, zu einer Bestätigung kommen könne.

Herr St. Herzfeld stellt sich auf Seite des Herrn Giese. Die Haltung des Magistrats gegenüber den vom Stadtverordnetenkollegium beschlossenen Beisätzen für den Verschönerungs- und den Tierzuchtvereine möge von Grund auf sich über die Prinzipien, nach denen künftig Vereine unterstützt werden sollen, zu einigen. Darum müsse man zunächst das gesamte Kapitel betreffs Vereinsunterstützungen behandeln. Ohne eine Bewilligung jener Unterstützungen für die genannten beiden Vereine sei eine Abweisung des betreffenden Kapitels nicht möglich. Die Sache könne man vielleicht in einem Nachtragsetat erledigen.

Herr Bürgermeister v. Hollj widerspricht dem. Die in dem Kapitel enthaltenen Positionen seien vom Stadtverordnetenkollegium genehmigt worden und der Magistrat sei diesen Beschlüssen gehalten. Es sei also nicht der Sache vorzuzuziehen, die ursprünglichen im Etat stehenden, ein Gemeindebeschlüsse gültig zu bekommen. Daß über jene beiden Punkte eine Differenz bestehe, habe darauf keinen Einfluß.

Herr St. Föhning er gibt der Auffassung des Herrn von Hollj recht. An dem Kapitel sei nicht mehr zu rütteln. Es sei genehmigt durch rechtskräftige Gemeindebeschlüsse.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt sich auf diesen Standpunkt und lehnt den Antrag Giese ab. Nunmehr tritt man in die Tagesordnung ein.

#### Herr St. Colberg referiert über die Gemeindeabgaben.

Er trägt die Beschlüsse vor, wie sie im vergangenen Mittwoch gefaßt worden sind, und betont dabei, daß von der Stadtverordnetenmehrheit die Grundsteuer mit 65 Proz. und der vom Magistrat beantragten 66 Prozent des Nutzungswertes angenommen sei. 35 000 M., die der Magistrat zugunsten der Gewerbesteuer auf die Grundsteuer übernehme wollte, habe die Versammlung wieder der Gewerbesteuer zugewiesen.

Herr Bürgermeister v. Hollj bekämpft diesen Beschlüsse. Die Steuererhöhtnisse sind für den Grundbesitz in Halle sehr ungünstig. Die weitaus größte Mehrzahl aller Städte im Deutschen Reich stellen den Hausbesitz ungünstiger. Dagegen sind die Gewerbesteuerpflichtigen in Halle schlechter gestellt als der Grundbesitz. Um einzelnen habe ich das in der vorigen Sitzung auf Grund einer von Eberfeld ausgemachten Statistik nachgewiesen. Ich habe weiter dargelegt, daß die Kosten der Straßeneinrichtung dem Hausbesitz zu Lasten der Allgemeinheit abgenommen seien. Das hat nun anonyme Zuschriften eingetragen, worin gesagt wird, der Hausbesitzer bezahle doch auch zu den Steuern, aus denen die Straßeneinrichtung bezahlt werde. 300 000 M. geben wir für die Straßeneinrichtung an. Davon bezahlt der Grundbesitz nur zwei Neuntel, also 66 000 M., 234 000 M. fließen aus anderen Mitteln, und zwar trägt die Gewerbesteuer ein Neuntel dazu bei, also etwa 33 000 M. Aus Billigkeitssrücksichten müßten wir den Gewerbetreibenden entgegenkommen, indem wir die Steuer lo senken, wie sie der Magistrat beschlossen hat, der betanlich 35 000 M. den Grundbesitzern auferlegen wollte. Aber für den Magistratsbeschlüsse

besteht auch noch ein gesetzlicher Grund. Nach § 56 des Kommunalabgabengesetzes sollen die Realsteuern in der Regel gleichmäßig verteilt werden, und nur wenn sich nachweisen läßt, daß die der Gemeindefürsorge die Stadtgemeinde besonders belastet, kann man die Realsteuern ungleich bemessen. Im Etat finde ich indes nur eine einzige Position, die unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden kann, nämlich 10 000 M. Schulunterhaltungsbeiträge an auswärtige Gemeinden. Das würde aber durchaus nicht rechtfertigen, daß wir zwischen den Grund- und den Gewerbesteuren zungunsten der letzteren eine Spannung von 40 Proz. jetzigen, wie das der Beschluß der Stadtverordneten will. Der Magistrat wollte eine Spannung von 25 Proz. belassen, und das ist das einzig Richtige nach der Grundgedanken der Billigkeit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit.

Herr St. Blumentritt: Zu der vorigen Sitzung hat mich der Herr Bürgermeister angefragt wegen meiner amtlichen Eigenschaft im Grundbesitzereien. Ich erkläre ihm, ich betreibe mein Amt dort nur als Sport, als Ehrenamt. Es ist ja nicht nötig, daß alle den Grundbesitz ungünstig trifft. Sieht man doch, daß die in Halle im Vergleich nicht an der schlechtesten Stelle stehen. Dem Hausbesitzer es in Halle gegenwärtig sehr traurig. Die Verhältnisse liegen viel härter, als man denkt. In den 18 Jahren, mo ich mich mit Hausbesitzern beschäftigt, waren in Halle noch niemals so viel Wohnungen leer wie jetzt.

Auch das ist verkehrt, daß Herr v. Hollj behauptet, dem Grundbesitz sei mit der Uebernahme der Straßeneinrichtung durch die Stadt ein Geschenk gemacht worden. Die Umfassener wurde seinerzeit nur deshalb angenommen, weil damals Herr von Hollj erklärte, ihr Hausbesitzer werde dafür die Straßeneinrichtung los. Sieben Jahre lang hat der Magistrat nach die Mittel aus der Umfassener eingekauft, ohne daß die Straßeneinrichtung den Hausbesitzern abgenommen wurde. Sie kostet übrigens nicht 300 000 M., sondern nur 200 000 M., 100 000 M. fallen auf die städtischen Gebäude.

Herr Bürgermeister v. Hollj: Ob Herr Blumentritt besaß wird aber nicht, jedenfalls nicht er zum Hausbesitz in amtlichen Beziehungen. Das jene Zusage bei der Einführung der Umfassener gegeben sei, kann ich nicht glauben. Wenn so etwas gesagt ist, so ist es eine persönliche Bemerkung eines Magistratskollegiums, oder nicht der Ausfluß eines Beschlusses des Magistratskollegiums. Mit den alten Sammlern von der Umfassener sollte man endlich aufräumen. Durch die Einführung der Umfassener wollten wir die Einkommenssteuer entlasten; so liegen die Dinge. Und wenn es sich bei der Straßeneinrichtung nur um 200 000 M. handelte, so blies es doch Tarasche, daß dem Hausbesitz hier von der Allgemeinheit Lasten abgenommen wird. Ueber die Hauptsache, über die Frage, ob jene Spannung gesetzlich ist oder nicht, schweigt sich Herr Blumentritt aus.

Herr St. Emmert: Die Gewerbetreibenden sind über daran als der Hausbesitz. In der Versammlung treten heute wieder Sonderinteressen recht kraßutage. Das sollten die Hausbesitzer doch jetzt vermeiden. Ob im Herbst Wahlen kommen oder nicht, müßte den Verantwortlichen des Hausbesitzes in unserer Versammlung gleichgültig sein, aber ihre Ausführungen scheinen hart von Ermüdungen solcher Art beeinflusst zu sein. Den Gewerbetreibenden sollte man die kleine Erleichterung, wie sie in den Magistratsbeschlüssen liegt, gönnen.

Herr St. Herzfeld: Ob das Prinzip, nach dem die Stadtverordnetenmehrheit sich richtet, ungeheuerlich ist, hätte der Magistrat mehrere Jahre früher erkennen sollen, denn so lange besteht schon die Spannung, die er jetzt als unvereinbar mit dem Gesetz darstellt. Es ist jetzt aber die gegenwärtige Zeit, wo der Hausbesitz seine Ausfälle in seiner Weite ausgleichen kann, ist nicht dazu angetan, mit solchen Wenden umher zu kommen. Wenn Herr v. Hollj sagt, jene Bemerkung über die Umfassener habe nur ein einzelnes Magistratsmitglied getan, nicht der Magistrat an sich, so muß das doch sehr bedenklich erscheinen. Was sollen wir da auf Darlehen einzelner Magistratsmitglieder geben; es kann doch nicht immer erst ein Magistratsbeschlüsse abgewartet werden. Das heißt, ein gegenseitiges Vertrauen schaffen, welches unser Zusammenarbeiten erleichtert.

Herr Bürgermeister v. Hollj: Das Mißverhältnis besteht allerdings seit Jahren, aber jetzt ist die beste Gelegenheit, es zu ändern; da soll man zugreifen und die Magistratsanträge annehmen.

Herr St. Höp: Der Haushaltsausfluß hat es sich sehr wohl überlegt, als er dem Magistratsanträge zustimmte. Wir wollen gewiß den Hausbesitz nicht überlasten, aber wir gewinnen die Ueberzeugung, daß wir ein gutes Werk tun, wenn wir die Spannung mildern, denn die Gewerbetreibenden sind heutzutage am allermeisten notleidend. Der Mann sieht vielleicht im Felde, die Materialien steigen, die Verhältnisse werden in jeder Weise schwieriger. Wie Herr v. Hollj uns berechnet hat, beträgt die Mißverhältnisse für den Grundbesitz für das Mietshaus im Durchschnitt nur 3 M.

Man kommt zur Abstimmung; dabei wird der Beschluß der ersten Lesung, welcher eine Spannung von 40 Prozent zwischen Grund- und Gewerbesteuren wollte, mit 21 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Der Magistratsantrag ist also wieder herabgesetzt.

Herr St. Colberg trägt sodann den Beschluß hinsichtlich der

#### Schankkonzessionssteuer

vor. Statt 30 000 M. nach dem Magistratsantrag hat die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums nur 25 000 M. bei ihrer ersten Lesung eingestimmt.

Herr St. Emmert: Wir haben wiederholt beschlossen, die Schankkonzessionssteuer aufzugeben; der Magistrat ist niemals unserem Beschluß beigetreten. Ich vermute, daß die dieses Jahr keine 10 000 M. einbringt. Wenn aber eine Steuer davon in ihren Ertragsleistungen heruntersinkt, so muß das auch der Magistrat erkennen, daß sie verfehlt ist. Es werden in der Kriegszeit immer mehr Wirtschaften geschlossen werden, das bringt schon der neuerliche Beschluß der Brauereien zutage, die nach der bisherigen Erhöhung von 2 M. pro Tonne abermals um 5 M., also insgesamt um 7 M. den Bierpreis erhöhen. Das Gewerbe der Gastwirte leidet schwerer, als irgend ein anderes in dieser Krisenszeit. Da wollen wir doch jetzt eine Steuer, die den einzelnen schwer trifft, für die Gesamtheit aber nichts einbringt, lassen lassen. Es wird über den Beschluß der ersten Lesung, wonach 25 000 M. Ertrag der Schankkonzessionssteuer eingestimmt werden, abgestimmt. 22 Stimmen sind dafür, 23 dagegen. Da der Herr Vorsteher dagegen gestimmt hat, gilt der Beschluß als abgelehnt.

Herr St. Emmert ist der Ansicht, daß damit die Schankkonzessionssteuer überhaupt aus dem Etat verschwindet. Dem widerspricht der Herr Vorsteher, indem er erklärt, das sei



nicht der Sinn der Abstimmung. Es bleibe nunmehr der Antrag des Magistrats zu Recht bestehen, wonach 30 000 M. Konzeptionssteuerertrag im Etat fixieren.

Die Umkehrsteuer wird, wie bei der ersten Lesung, wieder mit 100 000 M. eingestellt; der Magistratsantrag auf 150 000 M. ist damit gefallen.

Herr Stv. Colberg trägt weiter den Beschluß der ersten Lesung über die

### Wertzuwachssteuer

vor. Danach soll der Antrag des Magistrats, 100 Proz. Zuschlag zur Wertzuwachssteuer zu erheben, abgelehnt werden.

Herr Stv. Finger: Den Beschluß der ersten Lesung bedauere ich. Die Wertzuwachssteuer ist eine ausgezeichnete Steuer. Ich kann sie nur als das dringendste empfehlen. Die 100 Proz. Zuschlag sind tatsächlich keine Erhöhung gegen den bisherigen Zustand, sondern sogar noch eine Ermäßigung um 10 Proz.

Herr Stv. Kell: Ich bitte, dem Magistratsantrag nicht zuzustimmen und verweise dabei auf die Tatsache, daß demnach der Staat die Sache von neuem regeln wird. Ich selbst gehöre der Kommission an, wo man sich allerdings noch nicht einig finden konnte. Ich halte darum unter den deutschen Städten das, weil es die Zuwachssteuer vor der Einführung der Vermögenssteuer einführt.

Herr Bürgermeister v. Holl: Wir sehen im Magistrat die Sache auch nur als ein Interimistatium an, aber die Steuer ist so gesund in ihrem Grundgedanken, daß wir keinen Anlaß haben, auf den Zuschlag, den das Gesetz zuläßt, zu verzichten.

Herr Stv. Höp: Gerade weil der Staat eine Neuordnung beabsichtigt, empfiehlt es sich, daß wir die Steuer beibehalten, und zwar in derselben Höhe wie bisher, was wir nur durch 100 Proz. Zuschlag erreichen können. Der Staat muß uns wegen dieser Steuer entschädigen, und da sehen wir selber da, wenn sie eine größere Summe in unserem Etat ausmacht. Die Steuer bezahlt doch nur der, der Wertzuwachs hat; wer aber jetzt im Kräfte Wertzuwachs hat, der wird doch gern davon etwas abgeben wollen. Der Gehalt, die Kräfte, die gemeine recht frächtig zu fassen, ist wirklich höchst populär. Wenn wir den Zuschlag von 100 Proz. nicht nehmen, dann heißt das, wir machen den Leuten, die Wertzuwachs haben, gegenüber dem früheren Zustand ein Geschenk.

Herr Stv. Herzfeld: Vor sechs Wochen haben wir die Vorlage betreffend 100 Proz. Zuschlag abgelehnt. Da ist es inkonsequent, wenn wir jetzt dem Antrag zustimmen wollten. Es wird bei der Steuer immer mit Worten gespielt, so mit dem Wort: unverändert Wertzuwachs. Ebenso mit der Behauptung, wir nähmen ja nicht mehr als bisher. Wir nehmen doch mehr, nämlich das nehmen wir noch, was das Reich bisher erhoben hat. Um die Lasten kommt man nicht herum, daß die Steuer praktisch unbrauchbar ist, praktisch unerschütterlich in ein glänzendes Glas so der Bedenkenform. Sie sollen zu lassen, ist jetzt der glückliche Moment, denn jetzt bringt sie keinen Schaden. Die Steuer ist schon grundrichtig darum ungerührt, weil sie zwar den Gewinn fängt, aber die Verluste, die sich beim Grundstücks-handel ergeben, vollständig außer Acht läßt.

Herr Stv. Hennig: Ich finde, der Magistrat ist mit seinem Antrag viel weitläufiger gewesen als die Hausbesitzer, die hier im Kollegium die Mehrheit haben. Es wäre sehr bedauerlich, wenn die Hausbesitzer den Zuschlag ablehnten, denn der Wertzuwachs hat, soll auch der Allgemeinheit davon abgeben. Das ist soziale Gerechtigkeit.

Herr Stv. Kell: Die Wertzuwachssteuer hat um desswillen keine Berechtigung, weil wir jetzt im Reiche die Vermögenssteuer haben. Das heißt eine doppelte Besteuerung vornehmen. Der Grundbesitz ist außerordentlich belastet. Durch Umkehrsteuer und durch Stempel bei unbauten Grundstücken beträgt die Abgabe beim Verkauf insgesamt 3 1/2 Proz. Was ist die Folge? Daß sich der Umsatz in Grundstücken verringert zum Schaden des Stadtfiskus und des Gemeinwols.

Herr Bürgermeister v. Holl: Diese Erwägungen sind richtig, aber dafür kommen nur die Umkehrsteuer und der Stempel in Betracht. Die Wertzuwachssteuer ist gesund und gerecht.

Herr Stv. Höp: Die Wertzuwachssteuer trifft nur das Spekulantentum, niemals den soliden Hausbesitzer. Darum heißt es, die Interessenten des soliden Hausbesitzes verkennen, wenn man die Steuer ablehnt.

Bei der Abstimmung sind für den Beschluß der ersten Lesung, also Ablehnung des Zuschlages von 100 Prozent, 23 Stadtratsmitglieder und 23 dagegen. Da der Herr Vorleser im Sinne des Beschlusses der ersten Lesung gestimmt hat, sind die 100 Proz. Zuschlag abgelehnt.

### Die Hundesteuer

soll künftig statt auf 20 M. auf 30 M. festgesetzt werden; der Beschluß wird mit großer Mehrheit gefaßt.

Herr Stv. Faustig meint, die Erhöhung müsse schon für den laufenden Etat Bedeutung gewinnen.

Herr Bürgermeister v. Holl: Ich entgegne, das sei nicht möglich; ein einseitiger Beschluß der Stadtratsmitglieder könne die Wirkung nicht haben, aber der Magistrat werde die Erhöhung „in recht wohltuender Ermüdung“ nehmen.

Bei der Schlussabstimmung über die Steuern wird beschlossen: 185 Proz. Gemeinde-Einkommensteuerzuschlag, 215 Proz. Grund- und Gebäudesteuer, 240 Proz. Gewerbesteuer, 1,5 Proz. Konzeptionssteuer.

Das Kapitel „Insgesamt“ wird mit 179 465 M. festgesetzt. Die Schlussabstimmung des Etats lautet 14 777 100 M.

Herr Stv. Faustig berichtet hinsichtlich des Magistratsbeschlusses über die Ablehnung von 1000 M. für den Versuchszweck und 500 M. für den Versuchszweck, daß der Staatsrat sich lediglich davon Kenntnis genommen habe, und zwar beabsichtigt, das Plenum habe nun zu entscheiden, ob eine Beständigkeitskommission eingesetzt werden soll.

Herr Vorleser Lemmer schlägt vor, eine solche Kommission einzusetzen; sie möge aus sechs Mitgliedern bestehen, drei Stadtratsmitglieder und drei Magistratsmitglieder.

Die Einsetzung der Beständigkeitskommission wird angenommen; als Stadtratsmitglieder werden delegiert die Herren Blumentritt, Richter und Ritter.

Die Aenderung des Ortsstatuts über die Sonntagruhe wird ebenfalls verabschiedet, da die Referenten fehlen; dagegen wird ein Antrag zum Theaterertrag, der sich auf die Konzerte in Mittelfeld und dem Zoo bezieht, angenommen. (Ref. Herr Stv. Hofmann.)

## Provinzial-Nachrichten.

**Kabernell, 12. April.** (Richter-Erkennung der Parrezwahl.) Die am zweiten Male erfolgte Wahl des Archidiazons Seibel aus Dainichen (Sachsen) zum Parrez unserer Gemeinde ist von der vorgelegten Richterbehörde abgemahnt nicht bestätigt worden.

**Bitterfeld, 10. April.** (Tod durch die Hochspannung.) Der Dipl.-Ingenieur Otto Borschack verunglückte im Betrieb der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektro in der Nähe, daß er mit der Hochspannung der Starkstromleitung in Berührung kam. Der Tod trat sofort ein.

**Beitz, 12. April.** (Fälligkeit v. Braun.) Gestern nach der feierlichen Beerdigung des Herzoglichen Konfistoriums, Präsident Max von Braun, an einem Herzschlage plötzlich verstorben. Am 1. April 1894 trat er als Regierungsrat und Mitglied der Herzoglichen Finanzdirektion in den inneren Verwaltungsdienst ein. Am 1. Oktober 1901 wurde er am Vorherrschen des Herzoglichen Konfistoriums ernannt. Am 1. Januar 1912 erfolgte seine Pensionierung unter Verleihung des Titels Präsident.

**Beitz, 11. April.** (Frauen als Straßenbahnschaffnerinnen.) Seit einigen Tagen tut im Betrieb der Großen Leipziger Straßenbahn eine größere Anzahl Frauen als Schaffnerinnen Dienst. Das neue weibliche Personal besteht vorläufig ausschließlich nur aus Schaffnerinnen, deren Männer im Betriebe dieser Gesellschaft angestellt sind, jetzt aber im Felde stehen. Ihre Dienstzeit wird sich auf täglich sechs Stunden ausdehnen; sie haben nur Anhängewagen zu bedienen.

**Magdeburg, 11. April.** (Nutmittelverteilung durch die Stadt.) Der städtische Magistrat hat zur Verteilung an die Viehhalter des Stadtkreises für etwa 60 000 M. Nuttmittel eingekauft. Solche sind noch bis zum 15. April im freien Handel zu kaufen.

**Naumburg, 12. April.** (Die neue Bahnhofsdrugsanbahn.) Seit einigen Tagen dient bei dem allgemeinen Bahnverkehr der dadurch für die Zukunft eines besseren Zuganges nach dem Bahnhofsverkehr der ersten Klasse heraus, die für viele Reisenden einen angenehmen Aufenthaltsumfang bis zur Abfahrt der Züge gestattet, vermehrt fünf Ausgänge den Zugang zum Bahnhofs. Auf dem Bahnhofs selbst sind drei Bahnhofsabfertigungsstellen aufgestellt, an denen die Kontrolle ausübt wird.

**Mansfeld, 12. April.** (Gegenseitige Hilfe.) Der Landrat von Mansfeld erklärt einen Aufruf, den wir nachstehend mitteilen. Die Erklärung steht hier nur der Zeit. In zahlreichen Wirtschaften fehlen die Männer. Trotzdem ist es Pflicht, alle unsere Land zu bestellen, so sorgfältig bestellen wie nur sie. Diese sorgfältige Bestellung wird nur möglich sein bei gegenseitiger Hilfe. Der Nachbar muß dem Nachbar helfen. Die gegenseitige Hilfe zu regeln und zu ordnen, ist Aufgabe der Gemeindevorstände. Aus der ersten Vorhalle heraus, wärderten Pflichten, daß sie alles tun, in ihrer Gemeinde eine sorgfältige Bestellung der Felder durchzuführen.

### Briefkasten.

(Seber Anträge ist die Abonnementsquittung beizulegen.)

**Beselen.** Ihre Frage ist zu allgemein gefaßt. Es kommt darauf an, ob Sie eine Stelle in der Zeitverwaltung inne haben; denn können Sie allenfalls um eine Vereinerung nachsuchen.

## Letzte Depeschen.

### Der Notenwechsel über die Verjüngung des amerikanischen Seglers Freye.

WTB. Berlin, 12. April. Die „Nord. Allg. Ztg.“ veröffentlicht folgenden Notenwechsel: Note des Vizekonsuls der Vereinigten Staaten an den Staatssekretär des Auswärtigen über die Verjüngung des amerikanischen Seglers „William F. Freye“. (Uebersetzung.) — Berlin, 3. April 1915. — Ein Zwischenschied befreit mich im Auftrage meiner Regierung die Reklamation über 228 669,64 Dollar nebst Zinsen vom 28. Januar gegen die deutsche Regierung zugunsten der Eigentümer und des Kapitäns des amerikanischen Seglers „William F. Freye“ vorzulegen betreffend Entschädigung für Verluste, die sie infolge Verjüngung des genannten Schiffes auf hoher See durch den deutschen Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ am 28. Januar 1915 erlitten haben. Die Tatsachen, auf welche sich der Anspruch stützt, und wegen deren die deutsche Regierung von der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verjüngung der erlittenen Verluste und Schäden als verpflichtet erachtet wird, sind kurz zusammengefaßt die folgenden: „William F. Freye“, ein Segelschiff aus Stahl von 3374 Tonnen Bruttogewicht, im Eigentum amerikanischer Bürger rechtmäßig unter der Flagge der Vereinigten Staaten fahrend, verließ Seattle im Staate Washington am 4. November 1914 unter Charter für M. S. Houler von Portland im Staate Oregon mit Bestimmung für Queenstown, Falmouth und Plymouth, je nach Order und mit einer Ladung, die ausschließlich aus 180 950 Bushels Weizen im Eigentum des vorgenannten Houler bestand und an dessen Order oder an dessen Weisung konfiskiert war. Dies alles ergibt sich aus den Schiffspapieren, die bei der Verjüngung durch den Hilfskreuzer von dem Kommandanten weggenommen worden sind. Am 27. Januar 1915 begegnete der „Prinz Eitel Friedrich“ dem „William F. Freye“ auf hoher See, zwang ihn, anzuhalten und landete ein bewaffnetes Anstandsboot an Bord, das Besitz von dem Schiffe ergriff. Nach Verjüngung der Schiffspapiere ordnete der Kommandant des Kreuzers an, daß die Ladung über Bord zu werfen sei. Nachträglich entschloß er sich aber, das Schiff zu zerstören. Am folgenden Morgen wurde der „William F. Freye“ auf seinen Befehl hin versenkt. Der Anspruch der Eigentümer und des Kapitäns besteht aus folgenden Posten: Wert des Schiffes, Ausrüstung und Zubehör 150 000 Dollar, Fracht nach der Frachtliste 5034 und 1000/2240 Tonnen zu 32/6—6180/18/6 zu 4,86 Dollar mit 39 759,54 Dollar, Reie und andere Ausgaben des Kapitäns Reine und des Schiffskapitän Arthur Sewall u. Co. nebst Auslagen für die eidesstattliche Erklärung und Abfassung des Einpruchs 500 Dollar, Persönliche Effekten des Kapitäns Reine 300 Dollar, Schadenersatz für Entziehung der Schiffsplanung 37 500 Dollar, zusammen 228 669,64 Dollar.

Auf Anweisung meiner ganzen Regierung befreie ich mich, zu erklären, ob die deutsche Regierung für die Verjüngung des „William F. Freye“ durch den deutschen Hilfs-

kreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ volle Entschädigung leistet. — Ich benütze die Gelegenheit. — pp. James W. Gerard.

### Verurteilung deutschfeindlicher Reichsländer.

WTB. Straßburg (Eiff.), 12. April. Die „Straßburger Post“ berichtet: In Kolmar wurde der Notar G a m b s aus Gebweiler, der Unteroffizier der Reserve war, wegen deutschfeindlichen Verhaltens vom Kriegesgericht zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

WTB. Straßburg (Eiff.), 12. April. Die „Straßburger Post“ meldet aus Mühlhausen: Wegen verlustigen Kriegesverrats verurteilte das Kommandantengericht in Mühlhausen den **Unteroffizier Ader aus Senheim zu drei Jahren Zuchthaus**. Ader, der während der Anwesenheit der Franzosen in Senheim eine ansehende noch nicht ganz aufgelaufte, nach seiner Angabe unfreiwillige Automobilfabrik in Begleitung französischer Offiziere nach Besfort unternommen hatte, war schon vor dem Kriege durch sein deutschfeindliches Benehmen aufgefallen. Es war auch bemerkt worden, daß eine von den Franzosen mitgebrachte schwarze Dose am Tage nach der erwähnten Fahrt nach Besfort in abgeänderter Form zur Wirkung kam. In der Verhandlung, in der diese Tatsache zur Sprache kam, wurde dem Angeklagten vornehmlich nachgewiesen, daß er kurz nach dem Abzuge der Franzosen, vor dem Einzuge der Deutschen, eine Party, die in Senheim als deutschfreundlich galt und der man allerdings mit Unrecht die Aufstellung einer Dose von Unzuverlässigen nachgab, vor den Richterstuhl zitierte und sie dort durch die Drohung, er werde sie durch eine französische Patrouille verhaften lassen, von ihrem angebotenen Vorhaben abzubringen verweigerte. Das Gericht erließ in diesem Verhalte eine verurteilte Vorstrafbestimmung im Interesse der feindlichen Macht, was wegen der Stellung des Angeklagten als deutscher Richter streng bestraft werden mußte.

### Ein großer englischer Passagierdampfer torpediert.

WTB. London, 12. April. (Reuter-Meldung.) Der britische, 9000 Tonnen große Passagierdampfer „Magfair“ wurde auf der Höhe der Gull-Inseln torpediert und nach Queenstown geschleppt.

### Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln.

WTB. Berlin, 12. April. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde der Entwurf einer Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln die Zustimmung erteilt.

### Zahlungsverbot in Polen.

c. B. Berlin, 12. April. Das Verbot von Zahlungen nach feindlichen Staaten ist jetzt durch Verordnung des Feldmarschalls v. Hindenburg auch auf das unter deutscher Verwaltung stehende Gebiet von Russisch-Polen ausgedehnt worden. Auf Verletzung des Verbots ist Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu 40 000 Rubel oder eine dieser Strafen gesetzt. Die die Einzelheiten regelnde Verfügung vom 21. März ist in dem „Verwaltungsblatt der Kaiserlich Deutschen Verwaltung in Polen“ erschienen.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Börsenmitteilungsblatt.

Berlin, 12. April. Im heutigen Privatverkehr der Börsenbörse machte sich im ersten Teil der Geschäftstätigkeit anlässlich der günstigen Meldungen von der weiteren Entwicklung der Dinge auf den Kriesschauplätzen zunehmend Beteiligung an den Geschäften bemerkbar. Es wurden dabei für eine Anzahl von Spezialwerten des Industriekapitalmarktes neuerdings bemerkenswerte Preissteigerungen erzielt. Hervorzuheben unter den letzteren waren besonders Stahlwerke, Caro-Schwefel, Bessemer, die lebhaft ansetzten. Deutsche Wäfen, die allerdings mehrfach schwanden, Miz & Genes, Rheinfall, Rulph-Wagon, Sächsisches Werkzeug und Maschinen, ferner Werkzeug-Zimmermann, Deutsche Erdölaktien und Deutsche Wolle, dagegen haben Deutscher Notenbank und Postwertzeichen wurden gleichfalls angeboten. Am Markt der Montanwerte herrschte Geschäft und Begehrtheit, wobei Bochumer, Caro-Schwefel, Bessemer, Oberbleichener Koks, Bessemer, Sarpener und Gieselerwerke meist höher umgesetzt wurden. Von sonstigen Werten zeigten Deutsche Bankaktien Festigkeit. Das Geschäft in deutschen Anleihen war ruhig bei guter Haltung. Ausländische Devisen waren verändert; Cable Transfers und Schweiz gefragt. Tagesliches Geld 4 1/2 Prozent; Privatdiskont 4 Prozent.

### Getreidemärkte.

Berlin, 12. April. Der Getreidemarkt begann in der neuen Woche bei recht hohem Geschäft. Die an den Markt gelangenden Zufuhren von neuem Mehl sind von wenig guter Beschaffenheit. Infolgedessen dürften ein recht geringes Interesse für diesen Artikel. Alter Mehl wurde heute etwas billiger gehandelt und mit 615—630 pro Tonne notiert. Hollende Waare wurde von Kommissionären zu wenig veränderten Preisen abgesetzt. Ausländische Getreide wurde in geringen Posten angeboten an hohen Preisen. Am Mehlmarkt war die Stimmung bebaudet. Maismehl und Reismehl sind nach wie vor gut gefragt. Weiter: schon.

Sermammühlen, Mt.-Ge. zu Polen. Die Verwaltung bringt für das Geschäftsjahr 1914 eine Dividende von 18 Prozent (einsten 9 Prozent im Vorjahre) in Vorschlag. Es wurde ein Bruttogewinn von 1 529 371 (l. V. 575 306) M. erzielt. Sierowen wurden abgesetzt: für Betriebsausgaben 258 641 (l. V. 283 506) M., für Verwaltungsausgaben 168 587 (293 411) M., für ordentliche Abschreibungen 307 239 M. Es verbleibt hiernach ein Reingewinn von 704 330 (176 005) M. Aus dem Reingewinn werden der Reserve 175 000 M. ausgesetzt, der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 111 753 (14 535) M. Im neuen Geschäftsjahr ist die Gesellschaft bei angemessenem Wahllohn auf beschäftigt.

### Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)  
Ebbe (9. April).

Königs	—	Regen	+ 0,53
Dresden	+ 0,53	Darß	+ 3,40
Torgau	+ 2,98	Schönebeck	+ 3,19
Wittenberg	+ 3,56	Magdeburg	+ 2,69

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyd für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Dankst. Eugen Brinmann; Beilagen, Vermischtes usw.: S. B. Siegfried Dyd; für Ausland und Leute Nachrichten: Dr. R. B. Baez; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von C. H. Schöndel, Siedlungsamt in Halle. Zuschriften an die Redaktion der „Saale-Zeitung“, nicht an einzelnen Schriftsteller zu richten.